Fortsetzung von Seite 4

Betrachtung zur Europa- und Kommunalwahl

Von Günther Lidke

insgesamt 23,16 % nach der CDU mit 30,23 % und vor der SPD mit 18,54 %.

Die Ergebnisse der LINKEN bei den Kommunalwahlen zeigt sich anhand folgender Stadtratswahlen:

Halle 24,63 %, Magdeburg 24,0 % (-5,85), Bernburg 22,3 % (-3,8 %), Eisleben 26,9 % (+ 4,5 %) und Köthen 22,5 % (+ 0,2 %).

Für die Kommunalwahlen im Altkreis Bitterfeld konnte DIE LINKE nicht in allen Städten und Gemeinden, in denen Wahlen stattfanden, Kandidaten aufstellen.

In den nachfolgend aufgeführten Orten erhielten die Kandidaten der LINKEN – Stadt- und Gemeinderatsmandate,

- Stadt Zörbig – Gerhard Stöbe und Bärbel Hortig,
- Stadt Jeßnitz – Uwe Fromme, Gottfried Pannach, Bärbel Roge und Ines Mühlbauer,
- Gemeinde Krina – Manfred Rosinsky,
- Gemeinde Schlaitz – Steve Kluge,
- Stadt Sandersdorf-Brehna – Udo Mölle, Ulrike Leistner, Hans-Dieter Engelmann und Dieter Jost.

In Brehna muss auf Grund von Wahleinsprüchen (Wahlunregelmäßigkeiten „Vertausch der Wahlzettel“) eine Nachwahl erfolgen, so dass sich hinsichtlich der Zusammensetzung noch etwas ändern könnte.

Bei der Europawahl im Kreis Anhalt-Bitterfeld hat sich gezeigt, dass DIE LINKE in jedem Ort gute Ergebnisse erreichte. Also müssen wir vor der Bundestagswahl am 27. September 2009 alles unternehmen, damit DIE LINKE gut abschneidet.

Fortsetzung von Seite 11

Gedenken an Ernst Thälmann

Rede von Kurt Menzel am Gedenkstein in Bitterfeld

Am 65. Jahrestag der Ermordung von Ernst Thälmann hat der Schwur der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald, nicht eher zu ruhen bis der Nazismus mit seinen Wurzeln ausgerottet ist, nach wie vor aktuelle Bedeutung. Die DDR hat im Sinne dieses Schwures gehandelt und – ob verordnet oder nicht - der Welt gezeigt, dass in diesem deutschen Staat das Vermächtnis der Opfer des Faschismus bewahrt und danach gehandelt wurde. Doch die Wurzeln des deutschen Faschismus sind nicht tot. Das beweisen die öffentlichen Demonstrationen von „Neuen Nazis“, ihre Losungen und ihr politisches Auftreten – auch verschiedentlich als gewählte Abgeordnete in Kreis- und Länderparlamenten.

Die an den Hebeln der Macht in Deutschland befindlichen Kräfte tun sich schwer - bis hin zur totalen Inaktivität – den neuen Faschisten das öffentliche Wirken und ihre Organisationen zu verbieten.

Für uns als Antifaschisten bleibt deshalb nur eine Schlussfolgerung: Für unsere Hoffnungen und Ziele müssen wir weiter kämpfen.

So gedenken wir Ernst Thälmann und allen im Kampf gegen den Faschismus gefallenen Kameraden und Genossen und wollen immer - wo es möglich ist, - in ihrem Sinne handeln.

Angriffsminister

an Bedeutung ein Mini-ster
dum-dumm spreng-kopflos seine Freude
als Bundesminister
von maximaler Wichtigkeit zu sein
CDU – schwarz wie Teer
klingt humanitär
in seinem Mund:
Maximum an Wortverfälschung
seine Rauchbomben-Maxime:
Kriegsbegriff vernebeln
sonst Stinkbombenmißerfolg bei nächster Wahl
keineswegs minimal sein Beitrag
zur Schaffung
explosionsheißer Gefahrenquellen
in Deutschland
als unstrammer Max mit Strammsteh- Mentalität
Minister für Angriff
auf innere Sicherheit

Gedicht von Jürgen Riedel

Sein letzter Lyrikband „Wortbilder VI“ erschien in der edition fischer des R.G. Fischer Verlags,
ISBN 978 – 3 – 8301 - 0547 – 3

Blickpunkt

Für eine neue soziale Idee. DIE LINKE.

Informationsblatt des Ortsverbandes Bitterfeld – Wolfen - Umland

Preis Spende **September 2009**

Jan Korte – Konsequent sozial.

Infotour zur Wahl mit einem umgebaute Barkas B1000

Kollektiv Korte vor Bürgerbüro in Bernburg

Standpunkte Ihres Kandidaten für die Bundestagswahl am 27. September 2009

Jan Korte möchte „eine **starke LINKE für ein soziales Land**. …

DIE LINKE vertritt die Interessen von Beschäftigten, Arbeitslosen, Studierenden, Rentnerinnen und Rentnern.“ Jan Korte steht als Kandidat der LINKEN für folgende Ziele ein:

- „Für **gleiche Lebensverhältnisse** in Ost und West
- **Sichere Arbeitsplätze** in der Region, statt Übernahmespekulationen und Bankenmonopoly
- Umverteilung von oben nach unten mit einer **Börsenumsatz- und Vermögenssteuer**
- Nur DIE LINKE kämpft für einen **gesetzlichen Mindestlohn** und **gegen HARTZ IV**
- **Gegen die Rente mit 67**, für ein würdevolles Leben im Alter
- **Nein zum Bahn-Börsengang**. Für den Erhalt und Ausbau des Schienennetzes in Sachsen-Anhalt
- **Unsere Zukunft sind die Kinder.** Bildung muss in Deutschland endlich einen höheren Stellenwert bekommen. Deshalb: **Gegen Studiengebühren und für ein längeres, gemeinsames Lernen**
- Die Arbeitsplätze, die in der Region momentan zur Debatte stehen, müssen unbedingt erhalten werden. Deshalb: **Öffentliche Investitionen jetzt!“**

Liebe Leserinnen und Leser,

weitere Informationen erhalten Sie in der Zeitung „Korte konkret“ (Ausgabe Nr. 3/09) und auf der Internetseite „www.jankorte.de“.

Kurzinformationen aus dem Kreis- und Ortsverband

22. Aug. 2009, 10:00 Uhr in Bitterfeld-Wolfen / OT Wolfen, Kulturhaus am Puschkinplatz	Auf der 1. Tagung der 2. Kreisdelegiertenkonferenz der Partei DIE LINKE. KV Anhalt-Bitterfeld nahm auch der Bundestagskandidat Jan Korte teil. Auf der Tagung wurden die Delegierten (Petra Weiher, Christiane Klemm, Bettina Kutz, Sigrid Reinicke, Norbert Krieg, Hendrik Rohde, Steffen Hecht, Günther Herder) und die Ersatzdelegierten (Renate Kühl, Dagmar Zoschke, Roswitha Scharfen, Bärbel Schmiedtchen, Manfred Dietz, Hans-Dieter Herz, Ronald Löwe, Andreas Scholz) zu den Landesparteitagen gewählt. Anschließend fand die Wahl des neuen Kreisvorstandes statt. Gewählt wurde der Kreisvorsitzende Norbert Krieg, der Stellvertreter Klaus Grabarits, der Schatzmeister Jürgen Morbach sowie die weiteren Mitglieder des Kreisvorstandes Anita Graf, Renate Kühl, Dagmar Zoschke, Petra Weiher, Marina Hinze, Roswitha Scharfen, Bettina Kutz, Wolfgang Berzau, Hendrik Rohde und Manfred Dietz
17. - 22. Aug., 24. - 28. Aug., 31. Aug. - 4.Sep. 2009 Wahlkreis 72 (WK 72)	Mit einem umgebauten Barkas B1000 verteilte das Kollektiv Korte in der Umgebung von Bernburg und Staßfurt sowie im LK Anhalt-Bitterfeld das Infomaterial zur Bundestagswahl am 27. September 2009. Sie hängten erste Plakate auf. Es kam zu vielen interessanten Begegnungen mit den Menschen vor Ort in den Städten und Gemeinden des WK 72. Die Suche des Kollektivs Korte nach Problemen, Meinungen und Anregungen ist gelungen.
28. Aug. 2009 10:00 Uhr in Bitterfeld-Wolfen / OT Bitterfeld	DIE LINKE veranstaltete ab 11:00 Uhr gemeinsam mit dem Direktkandidaten des Wahlkreises 72 (Anhalt) – Jan Korte – ein Straßenfest in der Kirchstraße 2. Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger unterhielten sich mit J. Korte und anderen Vertretern der LINKEN. Vorher führte J. Korte ein Gespräch mit Pressevertretern aus der Region.
01. Sep. 2009, 11:00 Uhr in Bitterfeld-Wolfen	Bürgerinnen und Bürger aus Bitterfeld-Wolfen und Umgebung gedachten am Gedenkstein im Wald zwischen Thalheim und Reuden (Windmühlenberg) der Opfer des Faschismus.
3. Sep. 2009 14:30 Uhr Bitterfeld-Wolfen	In der Volksolidarität (OT Bitterfeld, An der Sorge 2) fand eine Informationsveranstaltung mit der Referentin Heidemarie Ehlert zum Thema „Rentenbesteuerung“ statt. Dieses Thema ist auch für die zukünftigen Rentner wichtig.
10. – 25. Sep. 2009, 10:00 - 13:00 Uhr Bitterfeld-Wolfen	DIE LINKE plant an den Märkten in Wolfen-Nord (jeweils Dienstag und Donnerstag) bzw. in Bitterfeld (jeweils Mittwoch und Freitag) mit den Bürgern am Wahlkampfstand zu sprechen sowie Infomaterial zur Bundestagswahl zu verteilen.
25. Sep. 2009 ab 15:00 Uhr Bitterfeld-Wolfen (Wolfen-Nord)	Auf dem alten Marktplatz von Wolfen-Nord (Fritz-Weineck-Str. 4 - 10) findet die Abschlusswahlveranstaltung mit dem Direktkandidaten des Wahlkreises 72 (Anhalt) – Jan Korte – statt. Gleichzeitig soll dies der Auftakt unserer Partei DIE LINKE zur Oberbürgermeisterwahl in Bitterfeld-Wolfen am 8. November 2009 sein. Unsere OB-Kandidatin Dagmar Zoschke wird sich vorstellen.

Wir gratulieren:

Müller, Elisabeth	Krina, Gossaer Str. 30	geb. 04.10.1929	80 Jahre
Meier, Helmut	Jeßnitz, Kirchstr. 2	geb. 17.09.1939	70 Jahre
Pannach, Ingeborg	Jeßnitz, Saarstr. 8	geb. 27.09.1939	70 Jahre
Fromme, Uwe	Jeßnitz, Neue Reihe 23	geb. 04.10.1954	55 Jahre

Gedenken an Ernst Thälmann

Rede von Kurt Menzel am Gedenkstein in Bitterfeld

Liebe Freunde und Genossen !

Wir gedenken heute des 65. Jahrestages des Todes von Ernst Thälmann. In der Nacht zum 18. August 1944 wurde Ernst Thälmann im Konzentrationslager Buchenwald ermordet. Heimtückisch hatten ihn die Faschisten umgebracht.

Fast elfeinhalb Jahre war Ernst Thälmann inhaftiert, und in all diesen Jahren war der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands seiner Klasse, seinem Volk eng verbunden. Er blieb das, was er immer gewesen war, ein unbeugsamer Streiter für die Sache der sozialen Gerechtigkeit, für Frieden und Sozialismus.

Leben und Wirken Ernst Thälmanns sind untrennbar mit der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbunden. Unter seiner Führung als Vorsitzender der KPD entwickelte sich auch im Kreis Bitterfeld ein kampfstarker Unterbezirk der Partei, der sich um eine breite Basis des antifaschistischen Kampfes bemühte.

Es gelang das politische Ansehen der KPD, besonders unter den Arbeiterinnen und Arbeiter, zu erhöhen. Abgeordnete der KPD erhoben ihre Stimme in fast allen gewählten kommunalen Parlamenten und Räten des Kreises Bitterfeld.

Thälmann wuchs als Arbeiter unter Arbeitern heran und blieb ein Arbeiter auch dann, als er an der Spitze einer großen kommunistischen Partei stand.

Hier in der Region Bitterfeld-Wolfen / Jeßnitz haben tausende Bürger, unter ihnen besonders die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Werken der IG Farben und den Braunkohlengruben, in Ernst Thälmann ihren Genossen, ihren Kameraden gesehen, der im Kampf gegen das soziale Elend und gegen den Nazi-Faschismus an der Spitze stand und dem man vertraute.

Beim l. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 stimmten im Kreis Bitterfeld 18.900 Wähler für Thälmann, bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 stimmten über 20.300 Wähler im Kreis Bitterfeld für die KPD und bei der Reichstagswahl am 5. März 1933, bereits unter der Regierung von Hitler, stimmten über 19.000 Wähler für die KPD.

Wenn man alle Parteien nimmt, die am Vorabend der Machtergreifung durch die NSDAP im Deutschen Reichstag saßen, war nur die KPD unter ihrem Vorsitzenden Ernst Thälmann in der Lage den Menschen in Deutschland zu sagen was sie vom deutschen Faschismus zu erwarten hatten. Diese Voraussage gipfelte in den Worten: „Wer Hindenburg wählt — wählt Hitler, wer Hitler wählt, — wählt den Krieg!“

Das ist auch ein Grund dafür, dass sich hier in Bitterfeld, Holzweißig, Wolfen, Sandersdorf, Ramsin, Jeßnitz und vielen anderen **Orten des damaligen Kreises** - Menschen zusammengefunden haben, die im Sinne von Thälmann gegen den Hitler-Faschismus auftraten, als Antifaschisten handelten und in vielfältiger Form - Widerstand gegen das Hitler-Regime leisteten. Die faschistischen Machthaber haben mit allen Mitteln versucht, diesen Widerstand zu unterdrücken. Wer sich den Nazi-Anforderungen verweigerte und gegen diese auftrat, wurde verfolgt, in das Leben bedrohende Konzentrationslager eingesperrt und von Sondergerichten zu hohen Zuchthausstrafen bis hin zur Todesstrafe verurteilt.

So wurden aus dem Kreis Bitterfeld - 8 Antiaschisten zum Tode und mehr als 120 Antifaschisten zu Gefängnis und Zuchthaus verurteilt. 23 Antifaschisten ließen während der Haft ihr Leben oder starben kurz nach der Befreiung. Mehr als 250 Antifaschisten aus dem Kreis Bitterfeld waren in KZ´n eingekerkert.

Fortsetzung auf Seite 12

Beratung des „Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V.“

Von Günther Lidke

Am 23. Juni 2009 fand in Berlin im Haus des ND eine Beratung mit ca. 90 Vertretern aus territorialen Gruppen der im Kuratorium vereinten Verbände u. a. dem RotFuchs-Förderverein e. V., der ISOR e. V., des GBM e. V., der GRH e. V. und anderer sozialer Bündnisse statt.

Aus Bitterfeld-Wolfen nahmen außer mir noch Walther Schmidt, Horst Lange und Wolfgang Schramm vom RotFuchs-Förderverein e. V. teil.

Das Ziel der Versammelten war die Bündelung von Kräften im sozialen und politischen Kampf gegen den weiteren Abbau im sozialen Bereich, gegen die andauernde Verweigerung sozialpolitischer Rechte sowie gegen zunehmende Menschenrechtsverletzungen und gegen Friedenbedrohungen. Alle Diskussionsteilnehmer legten ihre Erfahrungen dar.

(„Wie weiter?“)

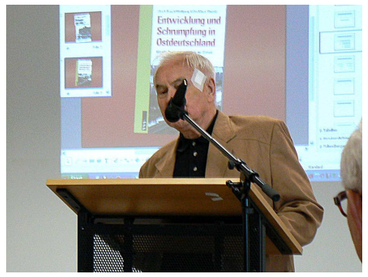
Herausragend waren die Ausführungen aller Vorsitzenden der Verbände und Vereine.

Aufmerksam verfolgten wir auch die Reden von Dr. Hans Modrow und Dr. Hans Reichel, ehemals Ministerpräsident und Minister der DDR.

Roland Claus (MdB, DIE LINKE) versprach die Unterstützung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag für die dargelegten Probleme.

Auch Walter Schmidt erläuterte die gute Zusammenarbeit des RotFuchs-Fördervereins e.V. mit dem Ortsverband der LINKEN bei der Organisation von politischen Veranstaltungen und Kranzniederlegungen, z. B. am Ernst-Thälmann-Denkmal und anderer Gedenken in Bitterfeld-Wolfen.

Abschließend wurde darauf verwiesen, dass das ostdeutsche Kuratorium am 3. Oktober 2009 in Berlin eine Protestveranstaltung und im Anschluss daran eine öffentliche Kundgebung organisiert. Die Losung lautet: „Gegen Verarmung und Entrechtung der Ostdeutschen – für eine bessere Zukunft aller Menschen.“



Fotos: H.-J. Lange

Sommertour der Basisgruppen Wolfen

Von Jürgen Keil

Die Basisgruppen der LINKEN von Wolfen wanderten am 10. August 2009 ab 16:30 Uhr rings um den Gondelteich in der Fuhneaue. Gemeinsam mit Herrn Detfef Eisewicht sahen sie sich die Fortschritte am Gondelteich und den angrenzenden Gebieten an. Es ist aber noch viel zutun, um diesem Gebiet wieder die Bedeutung zurück zu geben, die es einmal als Naherholungsgebiet hatte.

Die Diskussionen vor Ort und in der Gaststätte „Am Rodelberg“ ergaben, dass die zwei wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit

1. die Entschlammung des Teiches und
2. die Instandsetzung des Fuhnewehres

sind. Auch aus dem Artikel der MZ „Teich soll im Herbst entschlammt werden“ vom 17.07.2009 geht neben der genannten 1. Aufgabe hervor, dass eine Erneuerung des Fuhnewehres vorgesehen ist. Die erforderliche Ausschreibung läuft derzeit.

Nach der Realisierung sind weitere Aufgaben in Angriff zu nehmen. Dazu gehören u. a. die Einbindung in den Fuhnetal-Radweg, Gestaltung der Wege und Uferzonen sowie der Anziehungspunkte für alle Altersgruppen.

Die derzeitigen positiven Entwicklungsansätze unterstützt

DIE LINKE.

Bericht von der Mitgliederversammlung

Von Jürgen Keil

In Bitterfeld fand am 18. Juli 2009 ab 10:00 Uhr in der Gartensparte „Vergissmeinnicht“ eine Mitgliedervollversammlung des Ortsverbandes Bitterfeld-Wolfen-Umland statt. Siegfried Merkel eröffnete die Versammlung und begrüßte die anwesenden 24 Mitglieder.

Anschließend übernahm Renate Kühl die Versammlungsleitung. Zuerst wählten die Mitglieder das Arbeitspräsidium mit Klaus Grabarits, Renate Kühl, Siegfried Merkel und Dietmar Mengel. Das Präsidium berief Edith Meier als Schriftführerin. Dann stellte Renate Kühl nacheinander Tagesordnung mit Zeitablauf, Geschäftsordnung und Wahlordnung vor. Nach der Bestätigung dieser Punkte erfolgte die Wahl der Mandatsprüfungskommission und der Wahlkommission.

Die Einschätzung des Vorstandes zur Europawahl und den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 übernahm Renate Kühl. Bei der Europawahl erreichte DIE LINKE 7,5 %. Das sind 1,4 % mehr als bei der vorherigen Wahl. Bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt, besonders in unserem Kreis Anhalt-Bitterfeld bekam die Partei ein gutes Ergebnis. Die Kandidaten der LINKEN konnte in vielen Orten - Mandate gewinnen. Kommunalwahlen finden wiederum in den neuen Orten „Raguhn-Jeßnitz“ und „Muldestausee“ (am 27. Sep. bzw. 29. Nov. 2009) statt. Zur Bundestagswahl am 27. September 2009 braucht der Direktkandidat in unserem Wahlkreis Jan Korte (MdB) unsere Unterstützung. Vor der Wahl wird ein „Kollektiv Korte“ für seine Bustour und für andere Aktionen gebildet. Auf seiner Tour durch den Wahlkreis ist er am 28. August in Bitterfeld-Wolfen. Weitere Termine werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Fortsetzung auf Seite 4

Fotos: H.-J. Fischer

Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch in Bitterfeld-Wolfen

Am 13. August 2009 führten Dietmar Bartsch, Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, und Jan Korte, Direktkandidat des Wahlkreises 72 (Anhalt), viele Gespräche vor Ort mit Bürgerinnen und Bürgern unter anderem auf den Marktplatz in Wolfen-Nord und im Zentrum von Bitterfeld. Am Nachmittag fand in der Gaststätte „Bella italia“ ab 16:00 Uhr ein Bürgerforum mit den beiden Bundestagsabgeordneten sowie mit Angelika Hunger (MdL) und der OB-Kandidatin Dagmar Zoschke statt.

Dietmar Bartsch stellte die Ziele der Partei DIE LINKE ausführlich dar. Dazu gehören:

- Gegen Rente ab 67
- Einführung eines bundesweiten Mindestlohnes
- Für gerechte Löhne und Renten
- Abschaffung von HARTZ IV
- Einführung einer Vermögens- und Börsenumsatzsteuer und anderes

Bürgerforum im „Bella italia“ Foto: Steffen Hecht

Impressum:

Herausgeber: Ortsverband Bitterfeld-Wolfen-Umland
V.i.S.P.: Kreisvorstand DIE LINKE. Anhalt-Bitterfeld
Tel. : 01 51 / 55 03 97 77
PF: 1120
06351 Köthen / Anhalt

Fortsetzung von Seite 3

Bericht von der Mitgliederversammlung

Von Jürgen Keil

Ebenso ist es notwendig, die Kandidatur von Dagmar Zoschke zur Oberbürgermeisterwahl in Bitterfeld-Wolfen durch die Erarbeitung eines Konzepts zu unterstützen. Dahingehende Vorschläge und Ideen sind an den Vorstand bzw. direkt an Dagmar Zoschke zu übergeben.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich viele Mitglieder, unter anderen U. Mölle, J. Keil, G. Herder, R. Zschernitz, D. Mengel, K. Fettig, G. Lidke, K. Grabarits und W. Herrmann. Es gab Anregungen und Hinweise zur Aufarbeitung der letzten Wahlen und zur Vorbereitung der Bundestagswahlen. Dazu gehörten:

- Wahlunregelmäßigkeit in Brehna und noch bestehende Unklarheiten aufarbeiten, Forderung nach Neuwahl in allen Ortsteilen der neuen Stadt „Sandersdorf-Brehna“,
- Veröffentlichung von Missständen und anderen Problemen im Blickpunkt bzw. auf der Internetseite des Kreisvorstandes (z. B. letzte Wahl in Brehna),
- Mobilisierung unserer Sympathisanten und Gewinnung neuer Freunde für unser Programm durch verstärkte Argumentation, wichtige Wahlprogrammpunkte den Bürgern bekannt geben,
- Soziale Probleme und die entsprechenden Forderungen „Mindestlohn, Abschaffung von HARTZ IV, gerechte Löhne und Renten, gegen Rente ab 67 Jahren, Bürgerversicherung u. a.“ zum Mittelpunkt in der politischen Auseinandersetzung machen,
- Verurteilung der Kriegsbeteiligung der BRD in Afghanistan, nur DIE LINKE verurteilte im Bundestag eindeutig diesen Krieg,
- Organisation vor den Bundestagswahlen aufeinander abstimmen,
- Solidarität mit Kuba verstärken, Werbung für die Zeitung von „Cuba si“,
- Zusammenarbeit mit RotFuchs e.V. fortführen und gemeinsame Arbeit von „Cuba si“ und „RotFuchs e.V.“ unterstützen.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission erfolgte die Aufstellung der Delegierten und der Ersatzdelegierten für die 2. Kreisdelegiertenkonferenz der LINKEN des Kreisverbandes Anhalt-Bitterfeld am 22. August 2009. Auf dieser Konferenz werden unsere Delegierten zusammen mit den anderen Delegierten aus dem Kreis, die Delegierten zur 1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE und den neuen Kreisvorstand wählen.

Nach der Mittagspause wählten die anwesenden Mitglieder die Delegierten und Ersatzdelegierten. Das Schlusswort hielt nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse – Renate Kühl. Vor der Verabschiedung bedankte sie sich bei den Mitgliedern für die umfassende und ideenreiche Diskussion.

Betrachtung zur Europa- und Kommunalwahl

Von Günther Lidke

Im ND stand am 8. Juni 2009 folgender Standpunkt zur Europawahl am 7. Juni 2009:

„Es lässt sich nicht schönreden: Die 7,5 % für DIE LINKE sind eine Schlappe. Gerade einmal 1,4 Punkte mehr als 2004 die PDS hat die ost-westdeutsche Einheitspartei geschafft – und 2,5 % weniger als die Zielvorgabe 10 + X. Da hilft es als Begründung wenig, dass im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl – dass selbst die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahreszeiten nicht automatisch zum Stimmengewinn für DIE LINKE führt.“

Ich denke, dass man dieser Einschätzung voll zustimmen kann. Sieht man sich die Ergebnisse in den einzelnen Ländern der BRD an, zeigt sich, dass DIE LINKE zum Teil weniger Stimmen erhalten hat, als bei vorherigen Wahlen.

Die 5 % Hürde wurde in den West-Ländern, einschließlich Berlin, nur in folgenden Ländern erreicht: in Berlin (14,7 %), im Saarland (12,0 %), in Bremen (7,2 %) und in Hamburg (6,7 %).

In den Ost-Ländern ist das Ergebnis besser - in Brandenburg (26,0 %), noch vor der CDU und SPD jedoch 4,9 % weniger als 2004, Sachsen-Anhalt (23,6 %), Thüringen (23,8 %) und Mecklenburg-Vorpommern (23,5). Unsere Partei DIE LINKE liegt in allen Ostländern vor der SPD.

Bundesweit gingen nur 43,3 % der Wahlberechtigten zur Wahl. Noch schlechter ist das Bild in Bitterfeld-Wolfen - nur 19,03 % Wahlbeteiligung, wobei DIE LINKE 24,22 % der Stimmen bekam. Unsere Partei erreichte in den Wahlbereichen 9x den 1. Platz, 18x den 2. Platz und 3x den 3. Platz. Im Durchschnitt erhielt die CDU 30,4 % und die SPD 19,11 %. Auch im Landkreis Anhalt-Bitterfeld erreichte DIE LINKE bei den Europawahlen

Fortsetzung auf Seite 12

Towarisch Soldat, nie wieder Faschismus und Krieg

Von Klaus Fettig

Der September des Jahres 1959 war ein warmer Spätsommermonat, mit viel Sonnenschein und angenehmen Temperaturen. Als junger Soldat der bewaffneten Streitkräfte der DDR, ich war noch nicht einmal 18 Jahre, kam ich wie alle anderen bei der Ausbildung und bei Gefechtsübungen ganz schön ins Schwitzen. Wir waren alles Freiwillige und wir waren uns unserer Verantwortung schon bewusst. Natürlich war auch eine Portion Abenteuerlust dabei.

In der Nacht des 10. September 1959 wurde Alarm ausgelöst und ab ging die Kolonne. Wir wussten nicht wohin. Im Morgengrauen des 11. September erreichten wir unseren Standort - es war ein Wald in der Nähe der Stadt Fürstenberg / Havel, beim Ortsteil Ravensbrück.

Beim Morgenappell wurde der Tagesbefehl verlesen - wir hatten den Auftrag, Ehrenspalier für die Überlebenden vom KZ, für die Ehrengäste und für die ausländischen und deutschen Delegationen zu bilden.

Dazu erhielten wir einige Geschichtsdaten. Im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück wurden von 1939 bis 1945 von den Faschisten mehr als 132.000 Frauen und Kinder aus über 20 Nationen eingekerkert. In diesem KZ Ravensbrück und in den 20 Nebenlagern wurden mehr als 92.000 Häftlinge ermordet. Die Frauen und Kinder mussten für die Rüstungsindustrie bis zur Erschöpfung schuften und die KZ Aufseherinnen übertrafen sich in ihren Grausamkeiten.

Am 12. September 1959 standen wir Ehrenspalier und die ehemaligen Häftlinge aus diesem KZ, Widerstandskämpfer und die Delegationen aus den verschiedensten Ländern gingen zur Feier der Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte. Sie grüßten uns freundlich zu und winkten mit ihren Blumen. Wir sahen auch ihre Tränen, denn da wo sie jetzt langgingen, das war die ehemalige Straße des Grauens und für fast 100.000 von ihnen ohne Wiederkehr.

Für uns junge Menschen der DDR in Uniform war es eine große Ehre, diesen Menschen, die soviel Leid erfahren hatten, unsere Dankbarkeit und Hochachtung entgegen zu bringen.

Nach einigen Stunden ging eine Gruppe Frauen an mir vorbei. Eine von ihnen blieb stehen und kam auf mich zu. Mein Herz schlug mir bis zum Hals, als sie eine Blume aus ihrem Strauß nahm und diese mir an meiner Uniformjacke festmachte.

Ich glaube es war eine Nelke. Die Frau in ihrem hellen Sommerkleid umarmte mich und sagte: „Towarisch Soldat, nie wieder Faschismus und Krieg“. In meiner Verlegenheit stammelt ich: „Spasibo, Mamutschka“. Sie lächelte mich an und ging wieder zu ihrer Delegation. Ich weiß nicht, wer diese Frau war und woher sie kam, aber ihre Mahnung hat bis heute meinen Lebensweg bestimmt und auch nach 50 Jahren seine Gültigkeit.

Kommt uns das nicht bekannt vor,

was Kurt Tucholsky bereits im Jahre 1930 sagte …

Wenn in Folge Banken krachen,
haben Sparer nichts zu lachen,
und die Hypotheken auf´s Haus -
heißt, Bewohner müssen raus.

Trifft´s hingegen große Banken,
kommt die ganze Welt ins wanken -
auch die Spekulantenbrut
zittert jetzt um Hab und Gut!

Soll man das System gefährden?
Da muss eingeschritten werden:
Der Gewinn, der bleibt privat,
die Verluste kauft der Staat.

Dazu braucht der Staat Kredite,
und das bringt erneut Profite,
hat man doch in jenem Land
die Regierung in der Hand.

Für die Zechen dieser Frechen
hat der kleine Mann zu blechen.
Und - das ist das Feine ja -
nicht nur in Amerika!

Und wenn Kurse wieder steigen,
fängt von vorne an der Reigen -
ist halt Umverteilung pur,
stets in einer Richtung nur.

Aber sollten sich die Massen,
das mal nimmer bieten lassen,
ist der Ausweg längst bedacht:
Dann wird bisschen Krieg gemacht.

Trampolin, der Sprung zum Reichtum!

Von Jürgen Keil

Am 15. Juli 2009 zeigte die ARD-exclusiv-Sendung **„Die Armutsindustrie“** sehr deutlich den Zustand auf dem heutigen Arbeitsmarkt und die derzeitige Entwicklung einer parallelen Arbeitswelt. Dieser Film fragt auch danach, wie aus dem Mangel von Arbeit ein Geschäft werden konnte. Die Frage im Film: „Wer profitiert eigentlich davon?“ Dies wird im Film eindeutig beantwortet (s. Untertitel „Die Armutsindustrie“).

Auf Grund des Mangels an Arbeit beauftragen die Arbeitsagenturen bzw. ARGEn bestimmte Firmen, so genannte „Beschäftigungsgesellschaften“, Arbeitslose gegen Lohnzuschuss einzustellen, „Qualifizierungs“-Kurse anzubieten und Praktika zu organisieren. Die Gesellschaften beschäftigen die Arbeitslosen in Ein-Euro-Jobs oder sie vermitteln die Arbeitslosen zu Praktika für 0,- € / h an andere Firmen, in denen die Praktikanten nach der Maßnahme angeblich die Chance haben als Beschäftigte in der Firma übernommen zu werden. Dass dies meist unreal und irrig ist, zeigt dieser Film an Beispielen sehr anschaulich.

Der erste Teil des Films zeigt die Produktion von Trampolinen, welche von einer Kölner Firma mit wenigen Festangestellten durch den Zusammenbau der gelieferten Teile realisiert wird. Die Zulieferung der Teile erfolgt von der Beschäftigungsgesellschaft „Neue Arbeit“ in Stuttgart und von anderen privaten Firmen. Die Beschäftigungsgesellschaft lässt die Zwischenprodukte mit Ein-Euro-Jobbern herstellen. Auch die privaten Firmen arbeiten in großem Maße über Monate mit vielen Praktikanten (keine Bezahlung) und mit Arbeitskräften auf geförderten Arbeitsstellen (teilweise Bezahlung durch Arbeitsagentur bzw. ARGE). Die gut qualifizierten Arbeitskräfte, welche in den Zulieferbetrieben arbeiten, erhalten etwa 30 bis 50 % des normalen Lohnes. Das Wort „Trampolin“ wird für viele Beschäftigten in den Zulieferbetrieben zum Hohn. Die angebliche Unterstützung in die Arbeitswelt, welche die Förderinstrumente der ARGEn bieten sollen, ist nichts wert. Reich werden nur diejenigen, die hinter dieser „Neuen Industrie“ stehen und von den niedrigen Produktpreisen profitieren. Erinnert dies nicht sehr an das Gedicht „Parade des alten Neuen“ von Bertolt Brecht (s. Abdruck im Blickpunkt 12/2008).

Es wird offenkundig, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in vielen Betrieben zur Ausnahme wird. Dies fällt anscheinend bloß „Wenigen“ auf. Viele Kapitalvertreter (führende Manager) erinnern sich ihrer sozialen Verantwortung nur, wenn sie direkt danach befragt werden. Erst die Frage der Reporterin, ob die qualifizierten Arbeitskräfte in den Zulieferbetrieben nicht entsprechend ihrer Leistung bezahlt werden müssten, lässt den befragten Manager stutzig werden. Er gab zu, dass eine gerechte Bezahlung sinnvoller sei und erklärte auf Nachfrage, dass er nicht kompetent genug ist, die Verhältnisse in dem Zulieferbetrieb „Neue Arbeit“ einschätzen zu können. Dass er dies nicht bewerten wollte oder konnte, ist sehr verständlich, da der Staat sich mit seinen angeblichen „Fördermaßnahmen“ hier direkt als Lohndrücker betätigt, offensichtlich Tariflöhne untergräbt und selbst die noch in sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit beschäftigen Arbeiter und Angestellten unter Druck setzt.

Die Erfahrungen eines Älteren mit dieser „Neuen Industrie“ zeigt, dass diese Arbeit kaum bzw. besser gesagt gar nicht zur Qualifizierung beiträgt und auch keine dauerhafte Arbeit schafft, von der man leben kann. Der Ältere - jahrzehntelang Kraftfahrer - bekam ein Praktikum mit der Aufgabe Einzelteile in Pakete einzupacken. Zielungenauer kann kaum eine angebliche Qualifizierung sein. Mich würde nicht wundern, wenn von der Behörde zur gleichen Zeit Nicht-Kraftfahrer zu Kraftfahrern ausgebildet wurden. Nach dem Praktikum war der Ältere wiederum arbeitslos. Ihn verwunderte, dass er ein Arbeitsangebot über die Behörde von einer Firma bekam, die ihn vorher wegen des Alters ablehnte. Er fand dies völlig unverständlich. Er sprach darüber auch mit seiner Vermittlerin in der Behörde. Das Typische in ihrer Antwort war das Gerede zur Motivierung. Anscheinend möchte die Behörde mit diesem eingeübten Gerede bei Außenstehenden den Eindruck erwecken, dass die Arbeitslosen faul sind. Dieses Beispiel zeigt auch, dass die Erfahrungen und das Wissen der Menschen von den Unternehmen und den Behörden bewusst entwertet werden, um Löhne und Gehälter zu drücken.

Ein Jüngerer bekam einen Ein-Euro-Job bei der Beschäftigungsgesellschaft der DEKRA, um nachzuweisen dass er arbeitsbereit ist. Dieser Job diente gleichzeitig zur Eignungsfeststellung, um ein Anrecht auf eine Umschulung zu erhalten. Weshalb nur bei einem Ein-Euro-Job die Eignung feststellbar ist, war aus dem Fernsehbeitrag nicht erkennbar. Dieser sachliche und objektive Fernsehbericht wurde bisher nicht wiederholt. Warum wohl? Die Behandlung der Arbeitslosen beweist, dass die **demokratische Forderung der LINKEN** hinsichtlich der **Abschaffung von HARTZ IV, äußerst wichtig** ist.

Zur Jubiläumsbilanz der großen Stadt Bitterfeld-Wolfen

Von Stadtrat Günter Herder

Der MZ-Artikel vom 01.07.09 zeigt auf, dass die gemeinsame Stadtentwicklung von den maßgeblich dafür Verantwortlichen nach wie vor als ein verwaltungstechnischer Veränderungsvorgang gesehen wird. Als Erfolg wird herausgestellt, dass die neue Verwaltung wieder arbeitsfähig ist. Noch immer bestehende Mängel werden ungenannt auf den kurzen Zeitraum von nur 2 Jahren zurückgeführt. Veränderung beginne in den Köpfen und brauche seine Zeit. Die Zeit soll also noch bestehende Streitigkeiten zwischen den Ortschaften überwinden helfen.

Wo bleibt da der Gestaltungsanspruch?

Zu einer Jubiläumsbilanz sollte vielmehr herausgearbeitet werden, was sich für die Bürger dieser neuen Stadt sowohl zum positiven als auch zum negativen verändert hat. Bezeichnend dafür sind die auf der gleichen Seite auszugsweise veröffentlichten Bürgermeinungen. Die Bürger sehen noch immer keinen persönlichen Bezug zur gemeinsamen Stadt Bitterfeld-Wolfen. Warum ist das so?

So gut und so richtig die Entscheidung zur Bildung der gemeinsamen Stadt Bitterfeld-Wolfen auch war, so schlecht und so falsch war und ist es, dass bisherige Konzepte zur Stadtentwicklung sich an Besitzstandwahrung orientieren und nicht daran, wie mit den gebündelten Potentialen einer größeren Stadt neue identitätsstiftende qualitativ höherwertige Angebote entwickelt und gemeinsam im Interesse der Bürger und Besucher dieser Stadt umgesetzt werden.

Für alles, was in den ersten 2 Jahren sich verändert hat, hätten wir den Zusammenschluss zur neuen Stadt Bitterfeld-Wolfen nicht gebraucht. Und genau das spiegelt sich in den Bürgermeinungen wieder.

Angefangen von der noch nicht fertig gestellten innerstädtischen neuen Ortsbeschilderung und einem mangelhaften Informationsleitsystem über nicht angeglichene Beiträge (Kita, Straßenausbau, …), Gebühren (Sondernutzung, Straßenreinigung, …) und Steuern (Hundesteuer, Grundsteuer A+B, Gewerbesteuer) bis hin zu einer mangelhaften Internetpräsentation (Stadtplan, Forum, Ratsinfo, Aktualität, …) und verbesserungswürdigen Diensten (Winterdienst, Straßenreparatur, …) liegt noch vieles im argen.

Seit 2004 ist es (anfangs kooperativ) nicht gelungen, zukunftsweisende Projekte für die gemeinsame Stadt anlässlich der Internationalen Bauausstellung (IBA 2010) auf den Weg zu bringen. Stattdessen wird nun rückwärts gewandt versucht, den zweifellos bemerkenswerten Strukturwandel unserer Region/Stadt vorzeigbar darzustellen. Aber nicht alles hat sich positiv entwickelt. Obwohl wir seit 20 Jahren zu den bestgeförderten Regionen in den neuen Bundesländern gehören, haben wir einen immer noch anhaltenden insbesondere durch Abwanderung verursachten überdurchschnittlichen Bevölkerungsverlust und gleichzeitig eine weit überdurchschnittliche Arbeitslosenrate zu verzeichnen. Zusammen mit dem ebenfalls unterdurchschnittlichen Einkommensniveau bewirkt beides ein noch geringer ausfallendes Kaufkraftniveau unserer Einwohner.

Obwohl wir - dank der Entwicklungen auf Thalheimer Gemarkung - zu den Gemeinden mit der höchsten Steuerkraft in Sachsen-Anhalt aufgestiegen sind, steht die Stadt vor zunehmenden Finanznöten. Ursache ist lediglich das Festhalten an unterschiedlichen Steuerhebesätzen für die einzelnen Ortschaften. Bei einem vergleichsweise immer noch paradiesischen einheitlichen Gewerbesteuerhebesatz von 250 hätte die Stadt mehrere Millionen € Mehreinnahmen und könnte gleichzeitig und gerade jetzt angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise alle Gewerbesteuerzahler, die sich nicht auf der Gemarkung Thalheim befinden, sogar deutlich entlasten. (von 310 bis 360 auf 250)

Mit den Mehreinnahmen wäre nicht nur eine ansteigende Verschuldung vermeidbar, es ließen sich neben Schuldenabbau und mehr kommunalen Investitionen auch Maßnahmen finanzieren, die dem Einwohnerschwund entgegenwirken könnten wie z. B. ein (oder mehrere) kostenloses Kitajahr mit ca. 350 T€/Jahr und/oder ein kostenloses Schulessen für alle Grundschüler mit ca. 400 T€/Jahr und/oder ähnliche kinderfreundliche Maßnahmen, die natürlich nur wirken, solange sie als Alleinstellungsmerkmal wahrnehmbar sind.

Von unserer Stadtgröße zu erwartende übliche Angebote wie ein Tierpark oder ein mehrwöchiger attraktiver Weihnachtsmarkt und ähnliche fehlende Angebote werden nicht einmal angestrebt.

Solange die Verwaltungsspitze selbst und auch die Mehrheiten im Stadtrat einer Auslegung des Gebietsänderungsvertrages folgen, nach der innerhalb von 5 Jahren satzungsrechtlich alles beim alten bleiben müsse, wird sich an dieser Situation auch nicht viel ändern und die Bilanz nach 5 Jahren gemeinsame Stadt könnte den Erwartungen noch weniger entsprechen als heute.

Ist die erste Stadtratswahl in Sandersdorf-Brehna zu wiederholen?

Von Udo Mölle / Jürgen Keil

Rathaus von Sandersdorf-Brehna Foto: J. Keil

DIE LINKE sagt dazu eindeutig ja. Und nun zur Geschichte:

Am Freitag, den 19.12.2008 unterzeichneten die Bürgermeister der Gemeinden Sandersdorf, Glebitzsch, Petersroda und Roitzsch sowie der Stadt Brehna den Gebietsänderungsvertrag. Dieser Vertrag war die Voraussetzung, dass es ab 01.07.2009 im Landkreis Anhalt-Bitterfeld die Stadt Sandersdorf-Brehna gibt. Die abgeschlossenen Vereinbarungen setzten voraus, dass am 07.06.2009 in allen Ortsteilen gleichzeitig eine Kommunalwahl stattfindet, um den Stadtrat für die neue Stadt Sandersdorf-Brehna zu bilden.

Der heutige Bürgermeister Andy Grabner der Stadt Sandersdorf-Brehna (vormals Bürgermeister der Gemeinde Sandersdorf) formulierte am Tag der Unterzeichnung des o. g. Vertrags seinen Anspruch an die neue Stadt (s. MZ „Gebietsänderungsvertrag abgezeichnet“, 20.12.2008): „Wir wollen offen, ehrlich und auf gleicher Augenhöhe miteinander umgehen und die neue Stadt gemeinsam gestalten“.

Nun, was ist aus dieser angekündigten Offenheit und Ehrlichkeit geworden, offenbar nicht viel. Bekanntlich fand am 7. Juni die Kommunalwahl statt. Die Wahlzettel der Wahlbereiche 6 und 7 (Brehna) wurden vertauscht. Den Fehler bemerkte man erst sehr spät. Dies führte dazu, dass viele ordnungsgemäß abgegebene Stimmen in Brehna von der Wahlleitung für ungültig erklärt wurden. Daraus ergab sich, dass die Kandidaten aus Brehna nur einen Bruchteil der möglichen Stadtratsmandate erhalten haben. Anders ausgedrückt, der Ortsteil Brehna, ehemalige Stadt Brehna, ist im ersten Stadtrat der neuen Stadt stark unterpräsentiert.

Trotz dieses enormen Fehlers und der entsprechenden Auswirkungen erklärte die Wahlleitung die Wahl für gültig, angeblich um „Rechtsicherheit“ zu gewährleisten. Eine merkwürdig verworrene Auslegung, die Verantwortlichen dieser Aussage sollten den Bürgern der neuen Stadt ihre Sicht auf die Angelegenheit sachlich (aber ohne Phrasen und ohne Verweise auf Gesetze) erläutern. Der offene und ehrliche Umgang miteinander, wie das der Bürgermeister Andy Grabner versprochen hat, sollte der Maßstab sein.

Leider ist davon bisher nicht sehr viel zu sehen, denn die CDU-Mehrheit im Stadtrat der neuen Stadt stellte in ihrer konstituierenden Sitzung fest, dass sich die aus der Wahl ergebende Zusammensetzung des Stadtrates rechtens ist. Mit dieser Auslegung ist DIE LINKE nicht einverstanden. Der Antrag der Linksfraktion wurde mit 20 zu 4 Stimmen abgelehnt, 2 Stimmenthaltungen waren noch dabei.

Die CDU favorisiert eine Wiederholungswahl für die Wahlbereiche 6 und 7 am 27.09.2009. Aus der Wahl in nur einem Teil der neuen Stadt ergibt sich ein anzweifelbares Ergebnis, da der Wählerwille, wegen äußerer Umstände, veränderbar ist und auch die Wahlbeteiligung sich unterscheiden wird.

DIE LINKE fordert die Neuwahl in der gesamten Stadt, um jeden Zweifel an der Richtigkeit des Resultates auszuschließen. Ein anderes Vorgehen hält DIE LINKE für unakzeptabel. „Rechtens“ ist das Ergebnis der Wahl für DIE LINKE nur, wenn die Wahl in der gesamten Stadt gleichzeitig durchgeführt wird.

DIE LINKE fordert die Neuwahl auch, da es nach der Wahl zu einer merkwürdigen Vermehrung der gültigen Stimmen kam.

- 14.406 am 11.06.2009 (laut Aktualisierung vom Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt, Angabe im Internet http://www.statistik.Sachsen-anhalt.de./wahlen/kw09/fms/fms216li.html)
- 14.543 am 11.06.2009 (laut Angabe von Frau Villwock, veröffentlicht am 19.06.2009 im Amtsblatt „Der Lindenstein“)
- 14.682 am 23.07.2009 (laut offiziellen Beschluss des Stadtrates zur Kommunalwahl am 7.6.2009, festgestellt von der Fraktion DIE LINKE auf ihrer 3. Sitzung am 29.07.2009)
- 139 gültige Stimmen mehr bekam die SPD (laut offiziellen Beschluss des Stadtrates am 23.07.2009 zur Kommunalwahl am 07.06.2009, als offiziell am 11.06.2009 verkündet wurden)

Wir zahlen nicht für Eure Krise

Von Wolfgang Jähring

In meiner Kindheit wurde mir von meinen Eltern beigebracht, dass Lügen kurze Beine haben. Diese althergebrachte Erkenntnis habe ich auch meinen Kindern vermittelt. Aber wie verhält es sich mit „Wahlkampf- bzw. Steuerlügen“?

Noch vor Antritt der Ferien verkündete Bundeskanzlerin Merkel vollmundig: „Steuererhöhungen wird es in dieser und der nächsten Legislaturperiode mit mir nicht geben“. Dieses Versprechen erinnert mich an die Ankündigung von CDU/CSU und SPD vor der Bundestagswahl 2002, die SPD war gegen eine Mehrwertsteuererhöhung und die CDU/CSU kündigte eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 % an. Bekanntlich bildeten die CDU/ CSU und die SPD nach der Wahl eine Regierungskoalition. Und da die Spitzenpolitiker dieser beiden Parteien anscheinend auch gute Mathematiker sind, errechneten sie aus (2 plus 0) % eine Mehrwertsteuererhöhung von 3 %. Ihr damaliges Handeln zeigte, was sie von Wahlversprechen halten. Es ist also damit zu rechnen, dass die CDU/CSU und die SPD aber auch die FDP und die GRÜNEN sich an viele Wahlversprechen nicht mehr erinnern.

Wie will aber die Kanzlerin die Staatsverschuldung, die sich infolge des Rettungspaketes auf ca. 80 Mrd. Euro beläuft, refinanzieren? Die Hypo Real Estate (HRE) wird verstaatlicht, nachdem sie sich als Fass ohne Boden erweist. Die Commerzbank ist auf die Beteiligung des Staates angewiesen. Das Rettungspaket ist der vorläufige Höhepunkt dieser Finanzkrise. Der deutsche Bundeshaushalt beläuft sich im lfd. Jahr auf 400 Mrd. Euro. Soviel Verlust verbuchten 2008 die 50 Konzerne mit den höchsten Defiziten der Welt. Als Möglichkeit die Milliardengeschenke zu refinanzieren, fordert jetzt auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung eine neue Vermögenssteuer. Durch eine stärkere Belastung von sehr hohen Vermögen könnte der deutsche Fiskus jedes Jahr ca. 25 Mrd. Euro mehr Steuern einnehmen. Vermögenssteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben. Eine Rückkehr würde 16 bis 21 Mrd. Euro in die Staatskasse einspülen. Mit Ausnahme der Linkspartei und den Grünen hat bislang keine Partei eine Forderung nach einer Vermögenssteuer in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Insbesondere die CDU und die FDP sperren sich gegen solche Pläne.

Dagegen protestieren seit Monaten viele Menschen in der gesamten BRD gegen die Auswirkungen dieser weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise mit der Parole: **„Wir zahlen nicht für Eure Krise!“** Die Menschen meinen damit, dass die Auswirkungen der Krise nicht auf die Bevölkerung abgewälzt werden darf, sondern dass diejenigen zahlen, die in den letzten Jahren Profiteuere dieses Finanzkapitalismus waren. Genau an dieser Stelle wird erkennbar, dass der Finanzkapitalismus die Demokratie aushöhlt.

Bereits die alten Griechen wussten: „Der Name, mit dem wir unsere politische Ordnung bezeichnen, heißt Demokratie, weil die Angelegenheiten nicht im Interesse Weniger, sondern der Mehrheit gehandhabt wird“. Das Kriterium, dass die Angelegenheiten im Interesse der Mehrheit gehandhabt werden, ist zwar nicht das alleinige, aber es ist doch ein entscheidendes Merkmal der demokratischen Gesellschaftsordnung. Und es ist doch offensichtlich, dass bei sinkenden Löhnen, Renten und sozialen Leistungen - Milliardenausgaben zur Rettung der Banken und Konzernen ausgegeben werden. Der Finanzkapitalismus zerstört die Demokratie. Die Finanzindustrie beherrscht die Politik und der Lobbyismus tut das Übrige. Deshalb sollten wir die Vorschläge von Oskar Lafontaine unterstützen, der fordert:

„**Wir wollen eine demokratische Gesellschaft**, in der sich die Interessen der Mehrheit wieder durchsetzen.

- Wir wollen mehr **Freiheit und Demokratie wagen**.
- Wir sind eine **demokratische Erneuerungsbewegung**.
- Wir sind die **Partei der Freiheit**.

Und in diesem Sinne wollen wir die Bundestagswahl 2009 bestehen.“

Die Frage, wer am Ende die Zeche für die Milliardenpakete an Banken und Konzerne zahlt, lassen die anderen Parteien bewusst offen. Diese Rechnung werden sie erst nach der Wahl präsentieren.

WAHLEN 2009
Original sozial.